

Nachrichten289
Arbeitshilfen und Stellungnahmen290
Buchbesprechung291
Mark Swatek zu Kaniess: Abschiebungshaft – Rechtshandbuch für die Praxis291
Themen des Berliner Symposiums 2020292
Johanna Schmidt-Räntsch: Vorgaben des Art. 5 EMRK für die Abschiebungshaft292
Beitrag299
Julius Becker: Folgen der Schutzgewährung in einem anderen europäischen Staat299
Neue internationale Entscheidungen303
Lea Hupke zu aktuellen Entscheidungen des EuGH.303
Ländermaterialien305
VG Karlsruhe: Abschiebungsverbot für irakischen Jesiden307
VG Sigmaringen: Subsidiärer Schutz aufgrund drohender ritueller Zwangsbeschneidung in Nigeria309
VG Aachen: Keine Abschiebung »Anerkannter« nach Rumänien wegen Folgen der Corona-Pandemie310
VG Trier: Flüchtlingsschutz für Zeugen Jehovas aus der Russischen Föderation310
Asylrecht, internationaler Schutz und nationale Abschiebungsverbote313
OVG Niedersachsen: Familienasyl auch bei internationalem Schutz in anderem EU-Staat313
Asylverfahrens- und -prozessrecht314
EuGH: Persönliche Anhörung durch BAMF auch vor Unzulässigkeitsentscheidung.314
VG Münster: Entlassung aus Aufnahmeeinrichtung bei Klage gegen einfache Asylantragsablehnung315
BVerwG: Keine Unzulässigkeit des Asylantrags »Anerkannter« bei Verletzung von Art. 4 GR-Charta316
BVerwG: Zuständigkeit Deutschlands für die Asylverfahren nachgeborener Kinder von »Anerkannten«318
BVerwG: Kein »Flüchtigsein« bei offenem Kirchenasyl319
OVG Berlin-Brandenburg: Kein »Flüchtigsein« bei Nichterscheinen zur Selbstgestellung320
VG Gießen: Übergang der Verantwortung führt zur Gewährung aller Rechte eines GFK-Flüchtlings321
Aufenthaltsrecht323
BVerwG: Familiennachzug zu deutschem Kind trotz »missbräuchlicher« Anerkennung der Vaterschaft.323
OVG Berlin-Brandenburg: Aufenthaltsbeendigung auch bei vorübergehender Reiseunfähigkeit möglich325
Abschiebungshaft und Ingewahrsamnahme326
EuGH: Zum Umgang mit Schutzersuchen durch ein Haftgericht.326
Sozialrecht327
LSG Hessen: Keine Verweigerung von Analogleistungen wegen Kirchenasyl.327

Asylmagazin – Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht

Das Asylmagazin liefert aktuelle Hintergrundinformationen zu den rechtlichen Fragen rund um die Themen Flucht und Migration. Der Abonnement-Preis beträgt 65 € für neun Ausgaben im Jahr. Weitere Informationen finden Sie bei www.asyl.net sowie bei menschenrechte.ariadne.de/zeitschrift-asylmagazin.



In Kooperation mit



Buchbesprechung

Kaniess: Abschiebungshaft – Rechtshandbuch für die Praxis

Von Rechtsanwältin Dr. Mark Swatek, Berlin

Dass – zumal juristische – Sprache nicht nur Wirklichkeit schafft, sondern auch Machtverhältnisse bestimmt, ist keine besonders originelle Einsicht mehr. Umso bemerkenswerter muss es erscheinen, wenn im Jahre 2020 eine praxisorientierte Abhandlung zum Abschiebungshaftrecht veröffentlicht wird, in der sich rein funktional eine »Behörde« und »der Ausländer« gegenüberstehen. In einer Sprache, die den einen oder die andere Leser*in ob ihrer angeblich funktionalen Neutralität kalt erschauern lassen mag, geht es in *Abschiebungshaft – Rechtshandbuch für die Praxis* von Dr. Nicolai Kaniess, Richter am Amtsgericht Tiergarten in Berlin, um die »freiheitsentziehende Begleitmaßnahme« »zur Entfernung eines Ausländers aus dem Bundesgebiet« (S. 17, Rn. 1). Daran ist zwar, juristisch wie sachlich, nichts falsch, aber nicht nur an dieser Stelle lässt der Autor ein Problembewusstsein für die äußerst praxisrelevante Tatsache vermissen, dass besonders unterinstanzliche Entscheidungen im Bereich des Abschiebungshaftrechts seit Jahren eine »irritierend hohe Fehlerquote« aufweisen, wie die zuständige Richterin beim 5. Senat des BGH in einem 2014 veröffentlichten Aufsatz feststellen musste. Rechtsanwältin Peter Fahlbusch zufolge, der sich auf das Rechtsgebiet spezialisiert hat, waren nach seiner persönlichen Statistik (Stand: 9.5.2020) 982 der von ihm seit 2001 vertretenen 1.982 Mandant*innen rechtswidrig ihrer Freiheit beraubt worden, was nahezu 50% entspricht und sich auf sechszwanzigtausendeinhundertundneun (26.109) rechtswidrige Hafttage belaufen soll. Auch aus der Erfahrung des Rezensenten ist der Unterschied zwischen einer rechtmäßigen und einer rechtskräftig als rechtswidrig eingestuft Freiheitsentziehung im Bereich des Abschiebungshaftrechts nur allzu oft auf eine anwaltliche Intervention zurückzuführen.

Kaniess beschäftigt sich mit dieser Realität eher beiläufig (S. 106, Rn. 304, S. 135, Rn. 414) und mit – nicht nur aus anwaltlicher Sicht (das Buch ist, so der Autor im Vorwort, »für die vornehmlich amtsgerichtliche Handhabung« als »Überblick« gedacht, S. 5) – fragwürdiger Konsequenz: Als Richter die relevante BGH-Rechtsprechung als »in Teilen kaum noch überblickbar« (S. 106, Rn. 302) zu qualifizieren, bietet wenig Grund zur Hoffnung, dass die zuständigen Amtsrichter*innen durch die Lektüre von Kaniess' Rechtshandbuch das nötige Rechtsgespür vermittelt bekommen könnten, um in Zukunft ihrer Aufgabe im Lichte von Art. 104 Abs. 2 GG besser gerecht zu werden. Dabei stellt auch Kaniess durchaus fest, dass in der Vergangenheit geschätzt nur rund 10 bis 15 Prozent der Haftentscheidungen im Abschiebungshaftrecht durch den BGH für rechtmäßig befunden wurden. Der Autor greift aber zu kurz, wenn er dies »nicht ausschließlich

(aber zum wesentlichen Teil)« auf die Unzulässigkeit der Haftanträge zurückführt (S. 106, Rn. 304). Hierbei wird unterschlagen, dass es die Amtsgerichte waren, die eben diesen unzulässigen Haftanträgen entsprochen haben und deren Entscheidungen auch in der Rechtsmittelinstanz nicht korrigiert wurden.

Gleichwohl bietet Kaniess' Buch einen soliden Überblick über die relevante BGH-Rechtsprechung und mag interessierten Leser*innen auch nebenbei einen hilfreichen Einblick in die richterliche Arbeitsweise geben. Das Buch ist nämlich nicht entsprechend dem typischen Verfahrensablauf aufgebaut, sondern die Darstellung zieht die Kernfrage der Verfahren in Abschiebungshaftsachen, d.h. ob überhaupt Haft angeordnet werden darf, »vor die Klammer«: Nach einer kurzen »funktionalen Einordnung« der Materie, widmen sich die Kapitel B und C den »Haftfragen und Grundvoraussetzungen« bzw. »Speziellen Haftvoraussetzungen«. Erst mit dem Kapitel D (»Haftantragstellung«) folgt die Darstellung dann dem Verfahrensablauf. Dies überrascht, denn die Anordnung von Haft ist – wie Kaniess korrekt anmerkt (S. 106, Rn. 303) – auch dann rechtswidrig, wenn zwar die materiellen Haftvoraussetzungen vorgelegen haben, aber der Haftantrag nicht den Anforderungen von § 417 Abs. 2 FamFG entspricht (vgl. a. S. 143, Rn. 441). Die Form des Haftantrags ist daher durch das zuständige Gericht ebenso intensiv zu prüfen wie die Haftvoraussetzungen. Für »Das Verfahren in 1. Instanz« (Kapitel E) handelt Kaniess die einzelnen Verfahrensschritte des Gerichts nahezu (vgl. S. 124, Rn. 372) chronologisch ab und betont erfreulicherweise die erhebliche Bedeutung des mit dem Verfahren von den antragstellenden Behörden gewollten Grundrechtseingriffs für die Betroffenen (S. 135, Rn. 414). Hier bietet der Verfasser auch einen »Muster-Ablaufplan« für die Durchführung eines Anhörungstermins in Abschiebungshaftsachen an (S. 139 ff., Rn. 437), der auch anderen (erstmalig) Beteiligten als Vorbereitung auf einen solchen Termin dienen kann.

Zwei abschließende Kapitel zu den weiteren Verfahrensschritten (F, »Das Verfahren in 2. Instanz« und G, »Das Verfahren in 3. Instanz«) sowie eine Sammlung von Protokoll- und Beschlussmustern (Kapitel H) runden das Werk ab. Letztere stellen Verlag und Autor auch zum Download über die Webseite zum Buch unter www.abschiebungshaft-buch.de zur Verfügung. Die Webseite nutzt der Autor offensichtlich auch, um über aktuelle Rechtsprechung zum Thema zu informieren. Aktuell sind dort bereits sieben BGH-Entscheidungen mit ausdrücklicher Einordnung für die Praxis kommentiert. Es wird abzuwarten sein, wie regelmäßig die Seite in Zukunft aktualisiert werden wird, aber ein Bookmark ist sie jetzt auf alle Fälle wert.

- **Nicolai Kaniess.** *Abschiebungshaft – Rechtshandbuch für die Praxis.* 2020, Nomos Verlag, 262 S., 48,-€, ISBN 978-3-8487-6616-1.